Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

18.08.1987 - Drucksache 11/1007

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1007
18. 08. 87

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU

Bilanz der Arbeit des Senats in der 11. Legislaturperiode (1983-1987)

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Die Politik des Senats hat sich in wichtigen politischen Bereichen für das Land Bremen und seine Zukunft nachteilig ausgewirkt.

I. Der Senat hat mit seiner Politik den **wirtschaftlichen Abstieg** des Landes Bremen nicht gebremst. Die Ziele des wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms wurden in wichtigen Punkten nicht erreicht. Das wirtschaftspolitische Klima ist nach wie vor nachhaltig gestört.

Dies bedeutet:

— eine um 5 200 auf 42 600 gestiegene Zahl von Arbeitslosen, das ist mit 15,9 % die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer;

— 83 % mehr Arbeitslose als im Bundesdurchschnitt trotz umfangreicher Bundeshilfen im ABM-Bereich;

— die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen;

— ein wesentlich geringeres Wirtschaftswachstum als im Bundesdurchschnitt;

— eine unbefriedigende private Investitionsneigung;

— eine anhaltende Abwanderung von Betrieben und eine Abnahme der Bevölkerung um 30 000 Personen in den letzten vier Jahren.

II. Die Zerrüttung der **bremischen Finanzen** ist weiter fortgeschritten. Die mehrfach angekündigte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist auch ansatzweise nicht gelungen.

Dies bedeutet:

— die Verschuldung des Landes und seiner Gemeinden von mittlerweile 12 Milliarden DM;

— die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer (z. Z. 18 500,— DM), eine Steigerung um 40 % in nur vier Jahren;

— eine tägliche Zinsbelastung Bremens mit 2 Millionen DM;

— die geringste Investitionsquote aller bremischen Haushalte in der Nachkriegszeit.

III. Die **bremische Schulpolitik** hat die Zukunftschancen der Jugendlichen weiter verringert. Die Vergleichbarkeit von bremischen und nichtbremischen Schulabschlüssen wird durch die Stufenschule zunehmend erschwert.

Im einzelnen sind folgende Mängel festzustellen:

— Abschaffung weiterer erfolgreicher, wohnortnaher Haupt- und Realschulen sowie leistungsfähiger Gymnasien;

— keine freie Schulstandortwahl;

— unzumutbar lange Schulwege;

— Scheitern der Orientierungsstufe wegen Fehlens eines differenzierten Bildungsangebots;

— ungenügende alters- und entwicklungsbedingte Förderung der Schüler;

— Lehrermangel an Sonderschulen und Berufsschulen;

— bis zu 50 % Unterrichtsausfall an Berufsschulen.

IV. Die Auswirkungen einer langjährigen verfehlten **Hochschul- und Wissenschaftspolitik** stellen noch immer eine schwere Hypothek dar. Die Universität Bremen nimmt einen unteren Rang in der Leistungsskala der Hochschulstandorte ein. Die gravierendsten Mängel zeigen sich darin, daß

— die Universität zu geringe Forschungskapazitäten hat;

— zu viele geisteswissenschaftliche Ausbildungsgänge und zu wenige natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge und Forschungsschwerpunkte vorhanden sind;

— zu wenig außeruniversitäre Forschungseinrichtungen vorhanden sind;

— jährlich weiterhin ca. 300 nicht benötigte Lehrer für die Stufenschule ausgebildet werden.

V. Die **Kulturpolitik** des Senats bedroht die Attraktivität und den Fortbestand der Kultureinrichtungen Bremens. Bremen hat an kultureller Anziehungskraft eingebüßt; die Künstler und Kulturträger sind zunehmend demotiviert. Bremen verliert dadurch Lebens- und Standortqualität und ist dem Wettbewerb der Oberzentren nicht gewachsen.

VI. Der Senat hat in der **Familien- und Sozialpolitik** Leistungen verweigert und abgebaut. Dadurch sind die Bürger Bremens und Bremerhavens schlechter gestellt als die anderer Bundesländer. Die sozial schwachen Familien sind besonders betroffen.

Das wird deutlich an

— einem Fehlen des Landeserziehungsgeldes;

— der Weigerung, eine landeseigene Stiftung „Mutter und Kind" einzurichten;

— einer Verminderung der Leistungen nach dem Bremischen Landespflegegeldgesetz für Blinde und Schwerstbehinderte und durch Kürzungen im Behindertenfahrdienst;

— 2 000 fehlenden Kindergartenplätzen;

— der Schließung von Jugendfreizeitheimen.

VII. Die **Gesundheitspolitik** im Lande Bremen hat dazu geführt, daß im Bereich der kommunalen Krankenhäuser Bremens und Bremerhavens über 300 Millionen DM Haushaltsmittel verschleudert wurden. Für notwendige gesundheitspolitische Vorhaben stehen keine finanziellen Mittel zur Verfügung.

Dies bedeutet:

— fehlende Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen in den Krankenhäusern;

— die Streichung wichtiger Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge wie zum Beispiel dem schulzahnärztlichen Dienst;

— die Schließung der Beratungsstellen der Landesstelle gegen die Suchtgefahren.

VIII. Der Schutz der **Umwelt** und der Abbau von Umweltbelastungen wurden vernachlässigt. Luft und Gewässer sind nach wie vor stark belastet. Ein zukunftsgerichtetes Abfallwirtschaftsprogramm fehlt immer noch.

Erhebliche Mängel sind

— eine fehlende Smogverordnung im Lande Bremen;

— die unzureichende Sanierung der Abwasserkanalnetze in Bremen und Bremerhaven;

— die schleppende Untersuchung und Sanierung der Böden, die durch Altlasten geschädigt sind;

— keine gesicherte Sondermüllentsorgung;

— die ständige Verletzung der in der TA-Luft vorgeschriebenen Grenzwerte durch die Müllverbrennungsanlage Bremen.

IX. Die **Kriminalität** im Lande Bremen steigt zunehmend. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist stark beeinträchtigt.

Bremen und Bremerhaven verzeichnen

— eine überproportionale Kriminalitätsbelastung bei abnehmender Einwohnerzahl;

— eine erschreckende Zunahme der Gewaltkriminalität;

— eine unerträgliche Zunahme von Diebstählen;

— ein Absinken der Aufklärungsquote auf ein Drittel aller Straftaten, bei Wohnungseinbrüchen und Diebstählen auf ein Fünftel.

Neumann und Fraktion der CDU

Druck: Anker-Druck Bremen